

identen qualenweise Befreiung erteilen, die nach Ablauf eines Jahres nur widerrufen werden soll, wenn schwerwiegende Gründe der Eingehung einer neuen Ehe entgegenstehen.

Ehefähigkeit bedeutet im engeren Sinne die persönliche Fähigkeit zur Eingehung einer Ehe, also z.B. Erreichung des ehefähigen Alters (Ehemündigkeit), Geschäftsfähigkeit, Gesundheit, Lebigkeit usw. Im weiteren Sinne bedeutet sie die rechtliche Fähigkeit, gerade mit dem anderen Verlobten die Ehe einzugehen in dem Sinne, daß auch aus dem gegenseitigen Verhältnis der Verlobten zu einander keine Hindernisse bestehen, wie sie z.B. durch Verwandtschaft, Rassenunterschied, Ehebruch, begründet sein können.

Ehefähigkeitszeugnis ist die amtliche Bescheinigung über die Ehefähigkeit im weiteren Sinne. Zuständig ist der Standesbeamte des Wohnortes oder Aufenthaltortes, für Deutsche im Ausland derjenige des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes in Deutschland und in Ermangelung eines solchen, das Standesamt I in Berlin. Ein Ausländer kann in Deutschland nur heiraten, wenn er ein E. der zuständigen inneren Behörde seines Heimatstaates (also nicht Konful oder Gesandter) vorlegt, oder wenn er Befreiung von dem E. erwirkt hat, für deren Erteilung der Oberlandesgerichtspräsident zuständig ist, in dessen Bezirk die Ehe geschlossen werden soll. Nähere Auskunft erteilt der Standesbeamte, der auch den etwa notwendigen Befreiungsantrag aufnimmt.

Ehegesundheitsgesetz. Das Gesetz zum Schutze der Erbgelundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) v. 18.10.35 verbietet die Eheschließung:

- a) wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten läßt;
- b) wenn einer der Verlobten entmündigt ist, oder unter vorläufiger Vormundschaft steht;
- c) wenn einer der Verlobten, ohne Entmündigung zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt;
- d) wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet (siehe auch Ehegesundheitszeugnis).

Ehehindernisse Man unterscheidet trennende E., welche die trotzdem geschlossene Ehe nichtig, d.h. vernichtbar machen und aufhebende, welche zwar die Eheschließung unterlagen, die Gültigkeit der einmal geschlossenen Ehe aber nicht berühren.

a) Trennende Ehehindernisse: Geldsträffähigkeit; bestehendes Eheband; Abtödtung der Ehe nur zur Übertragung des Namens oder der Staatsangehörigkeit einzugehen; Verwandtschaft und Schwägerschaft in gerader Linie sowie zwischen voll- und halbblütigen Geschwistern; Ehebruch; Rassenunterschied; Erbkrankheit.

b) Aufhebende Ehehindernisse: mangelnde Zustimmung des gesetzlichen Vertreters und des zur Sorge für die Person eines minderjährigen Verlobten Berechtigten; Annahme an Kindes Statt; Wartezeit; Fehlen des Auswärtigkeitzeugnisses; mangelnde Erlaubnis bei Angehörigen der Wehrmacht, der $\frac{1}{2}$ und des Reichsarbeitsdienstes sowie der Beamten, die einer Erlaubnis bedürfen; Rassenunterschiede, soweit diese nicht ein trennendes Ehehindernis bilden.

Von diesen E. ist zum Teil Befreiung möglich. Auf die Ausführungen zu den einzelnen Stichworten wird verwiesen.

Ehelichkeit Ein Kind ist ehelich, das nach Eingehung der Ehe geboren ist, wenn die Frau es vor oder während der Ehe empfangen und der Mann ihr innerhalb der Empfängniszeit beigezogen hat. Es wird vermutet, daß der Mann innerhalb der Empfängniszeit beigezogen habe. Das Kind gilt als ehelich, solange die Ehelichkeit nicht angefochten ist, auch wenn eine blutmäßige Abstammung nicht vorliegt. Eheliche Kinder führen den Namen des Vaters (l. auch Antechnung der Ehelichkeit, Abstammung).

Ehelichkeitsklärung ist ein staatlicher Hoheitsakt, durch welchen ein Kind, dessen Eltern nicht heiraten können, als eheliches Kind des Vaters erklärt wird. Zuständig ist der Landgerichtspräsident des Wohnortes des Vaters und falls dieser im Inland weder Wohnsitz noch Aufenthalt hat, der Landgerichtspräsident in Berlin. Die Ehelichkeitsklärung wird am Rande des Geburtsvertrages vermerkt.

Ehemündigkeit bedeutet die Erreichung des zur Eheschließung erforderlichen Alters. Das ist beim Mann das 21., bei der Frau das 16. vollendete Lebensjahr. Das Vormundschaftsgericht kann hier von Befreiung bewilligen; dem Mann aber nur dann, wenn er das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht mehr unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft steht. Hat er seine Arbeitsdienstpflicht noch nicht erfüllt, so ist die Befreiung zu versagen, wenn die zuständige Dienststelle Bedenken erhebt.

Ehescheidung l. Scheidung der Ehe. **Eheschließung** Die Ehe kann nur vor einem Standesbeamten geschlossen werden. Zuständig ist jeder Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Mit schriftlicher Ermächtigung des zuständigen Standesbeamten kann auch ein anderer Standesbeamter die Ehe schließen. Wegen des Aufgebots l. dal.

Der Standesbeamte soll die Trauung in der Weise vornehmen, daß er in Gegenwart von zwei Zeugen an die Verlobten einzeln und nacheinander die Frage richtet, ob sie die Ehe miteinander eingehen wollen und, nachdem die Verlobten die Frage bejaht haben, im Namen des Reiches aussprechen, daß sie nunmehr rechtmäßig verbundene Eheleute seien. Er soll ferner die Eheschließung in das Familienbuch eintragen. Durch diese Eintragung wird die Eheschließung bewiesen. S. auch Nichtigkeit der Ehe. Ist ein Verlobter Ausländer, so muß er das Eheschließungszeugnis (l. dalebst) oder die Befreiung davon vorlegen. Die Inländerin, die einen Ausländer heiratet, verliert die deutsche Staatsangehörigkeit; ob sie zugleich diejenige ihres Mannes erwirkt, hängt von dem Gesetz des Landes ab, dem der Mann angehört. Wegen der Wirkungen der E. l. unter Ehe.

Ehestandsdarlehen müssen vor Eingehung der Ehe bei der Gemeindebehörde beantragt werden. Das Standesamt hat die Beteiligten bei Befreiung des Aufgebots darauf aufmerksam zu machen. **Ehegesundheitszeugnis** ist eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes, daß ein Ehehindernis des Ehegesundheitsgesetzes nicht vorliegt und daß aus der Ehe eine die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft nicht zu erwarten ist (siehe Blutschutzgesetz). Es ist

vorzulegen, daß künftig vor jeder Eheschließung ein Ehegesundheitszeugnis vorgelegt wird. **Ehevertrag** Der Ehevertrag ist ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag zur Regelung der Güterverhältnisse der Ehegatten, abweichend vom gesetzlichen Güterrecht (l. dal.). **Ebenennung** l. Namenserteilung. **Elterliche Einwilligung** zur Eheschließung kommt nur insoweit in Betracht, als einem Elternteil die gesetzliche Vertretung seines Kindes oder die Sorge für dessen Person zusteht. **Elterliche Gewalt** Sie umfaßt das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen. Die elterliche Gewalt steht dem Vater zu. Ist dieser gestorben oder für tot erklärt, so geht sie auf die Mutter über. Das Gesetz sieht noch weitere Fälle vor, in denen die elterliche Gewalt auf die Mutter übergeht oder von ihr ausgeübt wird. Der Mutter ist in bestimmten Fällen zu ihrer Unternehmung ein Beistand zu bestellern; sie sich wieder verheiratet. Das Recht der Sorge für die Person des Kindes steht mit gewissen Einschränkungen der Mutter auch dann zu, wenn sie nicht die elterliche Gewalt hat. Die des Sorgerechts ist für den Fall der Ehescheidung besonders geregelt. Uneheliche Kinder erhalten einen Vormund. Der Mutter steht aber das Recht und die Pflicht der Sorge für die Person des Kindes zu, ohne daß sie zu dessen Vertretung berechtigt ist. **Empfängniszeit** Als E. gilt die Zeit von dem 181. bis zu dem 302. Tage vor der Geburt des Kindes, unter Einfluß dieser beiden Tage. **Entmündigung** für die E. ist das Amtsgesetz zuständig. Wer wegen Geisteskrankheit entmündigt wird, ist geschäftsunfähig (l. Geschäftsfähigkeit). Wer wegen Geisteschwäche, Verwundung oder Trunkenheit entmündigt ist, ist beschränkt geschäftsfähig (l. Geschäftsfähigkeit). **Erbfolge** Mit dem Tode einer Person geht deren Vermögen durch Erbgang auf eine oder mehrere Personen über. Wer als Erbe in das Vermögen folgt (Erbfolge), wird entweder durch letztwillige Verfügung (Testament, Erbvertrag) bestimmt, oder ergibt sich in Ermangelung eines solchen aus dem Gesetz. Gesetzliche Erben sind: